

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugpreise: Bei freier Zustellung inkl. Post 2,00 RM. einjährig, 18,00 RM. monatlich, 2,00 RM. einjährig, 1,66 RM. monatlich (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpfl., 10spaltige mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Familienanzeigen 6 Rpfl., bis 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachschuß nach Maßstab I oder Mengensatz B. Briefgebühr für Briefanzeigen 30 Rpfl. auschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpfl., 10spaltige mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Familienanzeigen 6 Rpfl., bis 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachschuß nach Maßstab I oder Mengensatz B. Briefgebühr für Briefanzeigen 30 Rpfl. auschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Druckerei: Dresden-A. 1, Postfach - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 22951-22953 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 4a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366
Postfach: Dresden 2000 - Nachverlangte Einblendungen ohne Nachporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Ar. 18 Freitag, 22. Januar 1937 45. Jahrgang

Japan hält Wacht gegen den Bolschewismus

Deutsche Matrosen fanden bei Bergungsarbeiten den Seemannstod - Roosevelt spricht vor dem Kongress - Neue Erfolge vor Malaga

Eden bei Blum

Besuch auf der Durchreise nach Genf

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 21. Januar

Auf der Durchreise nach Genf ist der englische Außenminister Eden gestern nachmittags in Paris eingetroffen. Zum Abendessen war er zusammen mit dem englischen Botschafter Sir Georges Clerk beim Ministerpräsidenten Léon Blum in dessen Privatwohnung eingeladen. Mit dem Nachschneekaus setzte er dann seine Reise nach Genf weiter fort. In den Pariser politischen Kreisen sieht man in der

Wahrsprache zwischen Eden und Blum

sonie in den bevorstehenden Verhandlungen in Genf zwischen Eden und Delbos erneut den Beweis der „amerikanischen engen Zusammenarbeit zwischen London und Paris“. Im übrigen macht man viel Wert von einem „unmissverständlichen Plan für die Vertiefung der Beziehungen“, über den in Genf gesprochen werden und der nur der Auslastung zu dem größeren Plan einer neuen internationalen Wirtschaftszusammenarbeit sein soll. Diesen Plan bringt man in engster Zusammenhänge mit neuen Verhandlungen über einen Rüstungsstillstand und den Weltmarkt. Das „Echo de Paris“ läßt sich schon für die

Niede des Ministerpräsidenten Léon Blum am nächsten Sonntag

einige „Aussagen“ an. Diese Rede werde unter ganz besonders feierlichen Umständen gehalten werden. Die Rede von Blum werde den politischen Willenswandel der gesamten Volksfrontregierung bilden. Nach Genfer Berichten der Pariser Presse aus Genf ist in den Verhandlungen

zwischen Frankreich und der Türkei eine wesentliche Entspannung

hinsichtlich der Frage von Alexandrette und Antiochia zu verzeichnen. Die Verhandlungen drehen sich nicht nur um rein juristische Probleme, denn hier könnten die Ansichten doch nicht einander näherkommen, sondern beide Parteien hätten sich auf politisch praktischen Boden gestellt. Drei Kompromißvorschläge stünden zur Diskussion:

1. Das gesamte Mandatsgebiet Syrien werde in drei autonome, aber untereinander verbundene Teile aufgeteilt, nämlich die Republik Libanon, die Republik Syrien und der Sandsthal Alexandrette;
2. Der Sandsthal werde formal der syrischen Republik unterstellt, erhält aber autonome Verwaltung. Jede Verbindung mit dem Libanon werde abgeschritten.
3. Alexandrette werde internationalisiert unter Aufsicht des Völkerbundes und unter direkter französischer Verwaltung. Der Hafen von Alexandrette selbst werde zum Freihafen erklärt.

Der erste Vorschlag scheint aus französischer Quelle zu kommen, der zweite aus türkischer. Gleichzeitig soll dann aber auch ein französisch-türkischer Freundschaftsvertrag abgeschlossen werden.

Die Frage des Danziger Völkerbunds-Kommissars

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 21. Januar

In England beschäftigt man sich in ungewöhnlich hohem Grade mit der Danziger Frage und erwartet mit Spannung den Vorschlag, den Oberst Wed dem Völkerbund unterbreiten wird. Man hält es in London für sicher, daß die polnischen und die Danziger Behörden sich darauf geeinigt haben, in Zukunft nur noch einen Völkerbundskommissar nach Danzig entsenden zu lassen, der nicht, wie bisher, das Recht hat, sich in interne Fragen der freien Stadt einzumischen. Als nächstbestmöglicher Kandidat für den Danziger Posten gilt Dr. Hermann Reimers, jedoch wird hier auch der Name des portugiesischen Admirals Ferraz genannt.

Drager Kredit für rumänische Rüstungen

Telegramm unseres Korrespondenten

X. Prag, 21. Januar

Nach amtlicher Mitteilung wurden seit einer Woche mit einer rumänischen Abordnung Verhandlungen über Kreditgewährung für rumänische Rüstungszwecke geführt. Am Mittwoch wurde ein Rahmenabkommen unterzeichnet. Die rumänische Regierung wird nunmehr mit einzelnen tschechoslowakischen Firmen Lieferverträge vereinbaren. Ueber die Höhe des von der Tschechoslowakei eingeräumten Kredites liegen keine Mitteilungen vor.

Ministerreden in Tokio

Gegen Mißdeutungen des deutsch-japanischen Abkommens

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

T Tokio, 21. Januar. (Durch United Press)

Vor dem zu seiner 70. Tagung zusammengetretenen japanischen Reichstag legte gestern Ministerpräsident Hirota in seiner Eröffnungsansprache die Grundlinien der Politik der japanischen Regierung dar. Die innen- und außenpolitische Lage erfordere, so erklärte er u. a., eine Erneuerungspolitik im Rahmen der japanischen Verfassung, wobei das Kaiserhaus der Mittelpunkt des japanischen Volkes bleiben müsse. Die Erneuerungspolitik strebe die Fortsetzung der japanischen Friedenspolitik gegenüber allen Völkern an, darüber hinaus aber verhärteten Kampf gegen die kommunistische Gefahr. Deswegen sei auch das

deutsch-japanische Abkommen

notwendig gewesen. Auch in der Rede des Außenministers Arita nahm das deutsch-japanische Abkommen einen besonderen Raum ein. Er wies alle falschen Auslegungen dieses Abkommens zurück, das nichts anderes als die notwendige Gegenseitigkeit gegen die Mißwirtschaft der Komintern bedeute, und forderte nochmals

die andern Mächte zum Anschluß an dieses Abkommen

an. Die internationale Lage verschlechterte sich ausserordentlich, weil die kommunistische Internationale Grundzüge vertrete, die nicht nur unvereinbar sind mit der nationalen Politik unseres Landes, sondern der menschlichen Natur selbst widersprechen. Die japanische Regierung hat sich nicht demüßigt, die kommunistische Bewegung zu unterdrücken, und nur mit größter Behutsamkeit beobachtet Japan die Entwicklungen in China im Anschluß an die rote Invasionsarmee. Die Komintern habe begonnen, Teile von China sowie Japan zu durchdringen, und wenn auch verschiedene Schwierigkeiten in den

chinesisch-japanischen Verhandlungen

hätten beigelegt werden können, hätten jedoch diese Verhandlungen bisher nicht das erwartete Ergebnis erzielt. Die Vorgänge in Schensi würden von Japan aus genauestens verfolgt, ebenso wie die Entfaltung der japanischen Armee in der Provinz. „Es war glücklich für Japan, daß diese Angelegenheit ohne ernste Folgen geendet hat. Angesichts der Tatsache jedoch, daß der junge Marschall Tchang Hsueh-liang zu Anfang sich für eine kommunistische und anti-japanische Politik einsetzte, beobachtet die Regierung die weitere Entwicklung mit Sorgfalt.“

Japan Politik gegen Ausland

setze in die Richtung, normale Beziehungen zu diesen

Landen aufrechtzuerhalten. Als Voraussetzung hierfür verlange Japan von sowjetrussischer Seite die Einschränkung der unehrlichen Rüstungen in den Ostgebieten der Sowjetunion und die Aufgabe des kriegsähnlichen Verhaltens der Sowjetregierung gegenüber Japans Absichten. Hinsichtlich Englands beantragte sich Arita mit der Feststellung, daß Japan die traditionelle Freundschaft mit diesem Lande aufrechtzuerhalten wünsche. Weiter stellte Arita die erfreuliche Entwicklung der Beziehungen zu Italien fest. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hätten sich wesentlich gebessert, weil es unter Arita Politik ist, mit dieser Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens im Pazifik zusammen zu arbeiten. Japan habe nicht den Wunsch, so meinte Arita schließlich im Zusammenhang mit der Frage der Notwendigkeit, ein Seerüstungsrennen zu beginnen.

Deutsch-japanische Kommission gebildet

X. Berlin, 21. Januar

In Berlin ist die Durchführung des deutsch-japanischen Abkommens wurde die in ihm beschlossene Kommission gebildet, die sich in gleicher Zahl aus deutschen und japanischen Mitgliedern zusammensetzt. Sie hat die Aufgabe, die weiteren zur Bekämpfung der Verbrechen der kommunistischen Internationale notwendigen Abwehrmaßnahmen zu erwägen und zu beraten.

Japanischer Dampfer in Wladiwostok festgehalten

X. Tokio, 21. Januar. (Schiffendienst des DNB.)

In Wladiwostok ist der japanische Dampfer „Siberia Maru“ von sowjetrussischen GPKL-Vertretern zurückgehalten worden. Als der Dampfer, der einen regelmäßigen Dienst zwischen Turung und Wladiwostok verrichtet, im Hafen von Wladiwostok eintrafen, bestieg ein GPKL-Kommando das Schiff und nahm eine wehrkundige Durchsuchung vor. Die Verluste der japanischen Mannschaft, mit dem japanischen Konsulat in Verbindung zu treten, wurden von den Sowjetrussen verhindert. Das GPKL-Kommando bewachte sich bei der Durchsuchung diplomatischer Akten, die für das japanische Konsulat in Wladiwostok bestimmt waren. In Tokio hat diese Nachricht großes Aufsehen erregt. Wie verlautet, wird die japanische Regierung wegen dieses Vorfalls in Moskau Protest erheben.

„Die Front von Stresa ist tot“

Italiens Presse weist französische Anbiederungsversuche immer schärfer zurück

X. Mailand, 21. Januar. (Durch Funkpruch)

Die norditalienische Presse nimmt zu den verschiedenartigsten aufgetauchten Gerüchten über eine Wiederherstellung der „Front von Stresa“ und zu dem Gerücht über neue Viererpaktspläne Stellung. In der „Front von Stresa“ fanden sich, wie bekannt, im Jahre 1935 England, Frankreich und Italien zusammen. Die Schriftsteller der Mailänder „Corriere della Sera“ schreiben, es sei klar, daß die Front von Stresa nicht wieder gebildet werden könne, weil sie tot und jede Spur von ihr ausgelöscht sei. Der ursprüngliche von Italien selbst vorgeschlagene Viererpakt zwischen Italien, Deutschland, England und Frankreich hätte ausgedehnt verschiedenen Forderungen der Lage von 1935 entsprechen, und wenn sich alle Unterzeichnermächte damals an ihre Verpflichtungen gehalten hätten, so wäre Europa manche Unannehmlichkeiten erspart geblieben. Es sei nicht Schuld Italiens, wenn es anders gekommen sei. Wie aber könne man heute ernstlich eine Formel in Kraft legen wollen, die durch den bösen Willen anderer jedes tatsächliche Inhalt einbüßt worden sei? Die politische und diplomatische Lage Europas sei heute in jeder Hinsicht verschieden von der vor vier Jahren. Der europäische Friede dürfe nicht denselben Kräften anvertraut werden, die so viel dazu getan hätten, ihn in der letzten Vergangenheit aufs Spiel zu setzen. Die Realität der Stunde sei das neue Element der europäischen Politik:

die Nähe Berlin-Rom und das italienisch-englische Gentlemen-Abkommen im Mittelmeer.

Die Turiner „Gazzetta del Popolo“ erklärt in gleichem Sinne, der von der französischen Demokratie durch den französisch-sowjetrussischen Pakt nach dem Westen getragene sowjetrussische Einfluss sei eine der Hauptgründe, weshalb es einsehenswert wäre (wie es die französische Presse tue), fortgesetzt von einem neuen Viererpakt zu reden. Italien gehe nicht nach Genf; es wolle nicht, wenn es dochhin zurückkehren werde, auf keinen Fall, solange die Genfer Versammlung nicht jedes Ueberbleibsel einer Vertretung des Regens ausgemerzt habe. Dann werde man jedoch — ganz unverbunden gesprochen — das Weitere sehen.

Bombenanschläge in Lissabon

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L. Lissabon, 21. Januar. (Durch United Press)

Gestern ereigneten sich mehrere Explosionen in öffentlichen Gebäuden, die offenbar auf planmäßig vorbereitete Bombenanschläge zurückzuführen sind. Eine Explosion richtete Schäden im spanischen Konsulat an. Gleichzeitig explodierten Bomben im Erziehungsministerium und im Klubhaus des Rundfunks, 10 Kilometer nördlich der Stadt gelegen. Die Polizei nahm sofort die Suche nach den Tätern auf.

Im Brennspiegel

Erneuerungswille in Washington und Tokio

In Amerika begann am Mittwoch feierlich die zweite Amtsperiode des im Herbst wiedergewählten Präsidenten Roosevelt. Bekanntlich hatten manche Kreise nach den verheerenden Rückschlägen der Rooseveltpolitik und dem scharfen Widerstand, den der Präsident sowohl beim Obersten Gerichtshof wie auch bei Großkapital und Hochfinanz fand, bei dieser Wahl eine harte Verminderung seiner Stimmzahl, vielleicht sogar eine Niederlage vorausgesehen. Das Ergebnis war einer der größten Siege der amerikanischen Geschichte. Der Umfang dieses Sieges spiegelt sich in der Rede wider, mit der der Präsident am heiligen Tage seine zweite Amtsperiode einleitete. Er wies seine Politik der Erneuerung ohne jede Pause fortzusetzen und zwar mit verstärktem Einsatz aller Kräfte. Roosevelts Ziel ist es, ein besseres Amerika zu bauen, das allen seinen Bürgern ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Diese Aufgabe ist — und hierin beruht der große Wandel, wenn man will, die große Revolution, die mit Roosevelts Vor vier Jahren in den Vereinigten Staaten begann — nur zu lösen von einer starken Regierungsgewalt, die weiß, was sie will, und die für die Dauer ihrer Amtszeit unabhängig ist von hin- und herwogenden Massenmeinungen.

Zur gleichen Zeit trat in Tokio der japanische Reichstag zusammen. Ministerpräsident Hirota und Außenminister Arita erläuterten ihren Redeschlussbericht. Auch das Ziel der japanischen Regierung ist eine Politik der Erneuerung des Staates an Haupt und Gliedern. Naheliegender bleiben dabei die Erfahrungen des unglücklichen Reformversuches, in dem eine Handvoll missetzter Offiziere mit ungelegenen Mitteln und gegen den Befehl des Kaisers gegen ein sich vorfindende demokratisierende und die Volkskraft schwächende Erscheinungen am japanischen Staat und Volkstörper vorzugehen versuchte. Im Mittelpunkt der Erneuerungspolitik des Kabinetts Hirota steht die Verstärkung der Landesverteidigung und die Verbesserung der Lebenshaltung des japanischen Volkes, ohne die eine starke Landesverteidigung auf die Dauer nicht möglich ist. Japan sieht sich als Hauptordnungsgeber in Ostasien und wird infolgedessen trotz allen Enttäuschungen die sich endlos hinziehenden Verhandlungen mit China fortsetzen.

Diesem Bewußtsein, Ordnungsfaktor im Fernen Osten zu sein, entspringt auch das deutsch-japanische Abkommen gegen die kommunistische Gefahr, dessen Notwendigkeit Arita nochmals ausführlich darlegte. Darüber hinaus wird Japans Politik Weltpolitik sein, wie Arita besonders betonte. Eine solche Weltpolitik lebt den einmütigen Willen zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, voraus. Diese Schwierigkeiten sind nicht zuletzt wirtschaftlicher Natur. Der japanische Außenhandel zeigt eine Tendenz zu weiterer Passivierung, denn der Rohstoffbedarf Japans bleibt mengenmäßig der gleiche, erhöht sich vielleicht sogar noch, aber die Rohstoffpreise steigen weiter. Japan ist also in ähnlicher Lage wie Deutschland, und deshalb sieht sich Arita in seiner Rede ganz besonders für die Eröffnung der Wege und den freien Zugang zu den großen Rohstoffquellen der Welt ein.

Zernstliches Joch

Die Sowjetregierung teilt der Welt mit, daß sie beschlossen habe, den Eisenbahnverkehr zwischen Wladiwostok und der Mandchurie einzustellen. Die Behörden von Charkin sind von diesem Schritt bereits unterrichtet worden. Die Russen begründen diese Maßnahme damit, daß das Benehmen der japanischen Beamten und Soldaten jeden Verkehr unmöglich mache. Die russischen Bahnbeamten seien dauernd Schikanen ausgesetzt, würden immer wieder durchsucht und verhöört, und das könne nicht so weiter gehen. Da Moskau aber für Frieden und Freundschaft auch mit Japan eintritt, wolle es „erkrankten Konflikten aus dem Wege gehen“ und habe sich daher entschlossen, den Betrieb ganz einzustellen. Die Welt erhält also auf diese Art von Moskau einen neuen Beweis für die „Böswilligkeit“ der Japaner und die unentwegte Friedensbereitschaft der Sowjetunion. Es ist nun interessant, die tatsächliche Lage mit dieser rührenden Meldung aus Moskau zu vergleichen. Auf den Weisen der Bahn, die angeblich jetzt durch die sowjetrussische Regierung feierlich geschlossen wird, wagt bereits seit langem kein einziger Lastwagen mehr. Denn seit jener Zeit gibt es auf der Strecke keinerlei Verkehr mehr. Die letzten Wagen passierten bereits die Grenzstation Pogranitschnaja von der Mandchurie nach Rußland Anfang 1936.